

tik der Reiseerleichterungen der VR China bei Einzelreisen nach Macau (und Hongkong) (Facilitated Individual Travel, FIT) weiter wachsen, so Minister Chui Sai On. Unter dem CEPA, das seit 1. Januar 2004 in Kraft ist, dürfen Reiseagenturen aus Macau und Unternehmen im Tourismusbereich auf dem Festland Zweigstellen eröffnen. Die seit Ende Juli 2003 praktizierte FIT-Politik betrifft bislang 14 Städte in Macaus Nachbarprovinz Guangdong sowie Beijing und Shanghai. Ab 1. Juli werden Einzelreiseerleichterungen auch für sechs Städte in den beiden Provinzen Zhejiang und Jiangsu gelten. Von Januar bis April diesen Jahres haben unter dem FIT-Programm nach Angaben von Chui Sai On bereits über 1,35 Mio. Touristen vom Festland Macau besucht. Macaus Tourismusamt werde in den Städten, für die die FIT-Politik gelte, Tourismuswerbung betreiben. Im ersten Quartal 2004 kamen 2,18 Mio. Besucher nach Macau. 58,4% waren Touristen vom Festland, davon 30,7% Individualtouristen. Vertreter der Tourismusindustrie in Macau gehen davon aus, dass Festlandchinesen kurzfristig zwei Drittel aller Besucher ausmachen, langfristig sogar drei Viertel.

In der letzten Aprilwoche besuchte eine Wirtschaftsdelegation aus Macau die regierungsunmittelbare Stadt Chongqing. Die Delegation mit über 60 Mitgliedern unter Leitung des Präsidenten des Macau Trade and Investment Promotion Institute, Lee Peng Hong, traf am 23. April mit dem Chongqing Bürgermeister Wang Hongju und Parteisekretär Huang Zhendong zusammen. Am Tag darauf fand das „Symposium über die Förderung von Handel und Wirtschaft zwischen Chongqing und Macau im Rahmen des CEPA“ statt, bei dem fünf Verträge über Kooperationsprojekte über insgesamt ca. 800 Mio. RMBY abgeschlossen wurden. Das Macauer Institut präsentierte auch noch während der 9. Chongqing Investmentgespräche, die vom 25. bis 28. April stattfanden, in einer Ausstellung die wirtschaftliche Entwicklung, die Warenproduktion und die Dienstleistungen der SVRM.

Macaus Minister für Transport und öffentliche Einrichtungen Ao Man Long hielt sich vom 26. bis 30. April in Bei-

jing auf. Er führte Gespräche mit den Vizeministern für Verkehr und Wissenschaft und Technologie sowie Vizedirektoren der Chinesischen Zivilluftfahrtsverwaltung (CAAC) und der Staatlichen Verwaltung für Umweltschutz. In seiner Anwesenheit wurden zwei Kooperationsabkommen über die Kontrolle schädlichen Abfalls und die Klassifizierung von Schiffen unterzeichnet.

Vertreter aus Zhuhai und Macau trafen sich am 30. April in Macau, um weitere Einzelheiten der grenzüberschreitenden Exportverarbeitungszone zu besprechen. Wirtschaftsminister Tam erklärte, dass Macaus Regierung noch in diesem Jahr konkrete Investitionsprojekte durchführen werde. Im Mai werde Macau mit dem Bauprojekt, dem Meer Land für den Industriepark abzugewinnen, beginnen. In Zhuhai werde dieses Projekt voraussichtlich im Juni im Großen und Ganzen abgeschlossen sein. Beide Seiten kamen überein, in der zweiten Junihälfte in Macau mit einer Kampagne zur Anwerbung von Investitionen zu beginnen.

Am 1. Juni soll in Hongkong ein Gipfeltreffen über die Bildung einer Großregion Perlfussdelta stattfinden. An dem „Forum über die regionale Zusammenarbeit im gesamten Perlfussdelta“ werden die Gouverneure oder geschäftsführenden Vizegouverneure von neun Provinzen (Guangdong, Fujian, Jiangxi, Guizhou, Guangxi, Sichuan, Yunnan, Hunan und Hainan) und die beiden Regierungschefs der Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau, Tung Chee-hwa und Edmund Ho, teilnehmen. Für den 3. Juni ist in Guangzhou die Unterzeichnung eines Abkommens über die regionale wirtschaftliche Kooperation in den Bereichen Logistik, Infrastruktur und Tourismus vorgesehen. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 23., 25., 26., 27., 28., 30.4.04; <http://safpsql.informac.gov.mo/gcs/new-asp/cjdetail.asp?inidjornal=2968>, 2971, 2972, 2975, 2977-2981, 2983, 2986-2989, 2992, 2993; *Ponto Final* web site, 25., 27., 28.4.04, Zugriff am 3.5.04; *The Standard* web site, Hongkong, 8.5.04, in BBC PF, 9.5.04; SCMP, 10.5.04)

-ljk-

Taiwan

29 Anhaltende Proteste mit Mafiauunterstützung schädigen Tourismus und schüren Politikverdrossenheit

Der verbissene Kampf der Oppositionsparteien KMT und PFP gegen das Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 20. März ging auch im April weiter: vor den Gerichten und auf den Straßen der Hauptstadt. Ende März gab ein KMT-Verantwortlicher bekannt, man habe für sämtliche Samstage bis zum 20. Mai – dem Beginn der nächsten Amtsperiode des Präsidenten – den Platz vor dem Präsidentenpalais für Demonstrationen „gebucht“. Dabei ging es gezielt darum, Druck auf den Präsidenten dahingehend auszuüben, der Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung des Attentats zuzustimmen. Den ungeklärten Schüssen auf den Präsidenten und die Vizepräsidentin am 19. März gibt die Opposition wegen eines dadurch womöglich ausgelösten Mitleidseffekts die Schuld an deren knappem Wahlsieg, wobei nach wie vor unterstellt wird, das Attentat sei vom Präsidenten oder seinen Parteigängern womöglich inszeniert worden. (TT, 1.4.04) Speziell für den 10. April wurde eine Drohkulisse aufgebaut: Es werde zu machtvollen Demonstrationen im Zentrum von Taipei und möglicherweise zu Gewalt kommen, wenn der Präsident nicht durch ein Sondergesetz die gewünschte unabhängige Untersuchungskommission ermögliche. (ST, 1.4.04)

Zunächst hatte die siegreiche Demokratische Fortschrittspartei DPP für den 10. April eine große Siegesfeier ihrer Anhänger geplant – ebenfalls in der Hauptstadt. Um mögliche Zusammenstöße zwischen Anhängern beider Seiten zu vermeiden, verlegte die DPP die Feier dann allerdings sowohl auf ein anderes Datum – den 11. April – als auch an einen anderen Ort – ins südtaiwanische Tainan. (ST, 2.4.04)

Die erste der „turnusmäßigen“ Samstagdemonstrationen der Opposition und ihrer Anhänger fand am 3.

April statt, natürlich in Sichtweite des Präsidentenpalastes. Erschienen waren 50.000 (nach anderen Quellen 15.000) Personen. Die Oppositionsführer Lien Chan (Lian Zhan) und James Soong (Song Chuyu) hielten Ansprachen. Laut Lien gehe es darum, „die Demokratie zu verteidigen“. Den Präsidenten beschuldigte er, die Wahrheit über das Attentat vom 19. März zu verschweigen, unterstellte dabei, dem Präsidenten sei die Wahrheit bekannt. Auch wärmte er den längst entkräfteten Vorwurf wieder auf, „zahllose Soldaten und Polizisten“ seien durch einen „so genannten illegalen nationalen Sicherheitsalarm“ gezielt an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert worden. Die ebenfalls längst erklärte hohe Zahl ungültiger Stimmen musste ebenfalls erneut dafür herhalten, dem Wahlvorgang ominöse Mächenschaften anzudichten. (China Television Company, nach BBC PF, 3.4.04; vgl. zu diesem Komplex C.a., 2004/3, S.282f.) Im Anschluss an die Kundgebung versuchte ein Teil der Demonstranten, zum Präsidentenpalast vorzudringen, dabei kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei; 15 Personen wurden verletzt, 120 wurden festgenommen. (CNAT, nach BBC PF, 4.4.04; ST, 5.4.04; NZZ, 5.4.04)

Die KMT machte danach einen ersten Rückzieher: Es solle nach der für den 10. April angesetzten Demonstration zunächst keine weitere mehr stattfinden. Der Schwenk ging auf Taipeis Bürgermeister Ma Ying-jeou zurück, der sich bei seinen Parteifreunden von der KMT entschieden gegen die wiederkehrende Störung der öffentlichen Ordnung ausgesprochen und dabei auf die negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit verwiesen hatte. (TT, 4.4.04)

Tatsächlich wurde bereits Anfang April unübersehbar, dass sich das Interesse der Öffentlichkeit nicht mehr auf das Attentat oder die Neuauszählung der Stimmen konzentrierte, sondern auf die Frage, wie friedlich oder blutig die Oppositionskundgebungen verliefen und mit welchen Beeinträchtigungen im Straßenverkehr zu rechnen sei. Entgegen den Beteuerungen von Lien Chan, es gehe gar nicht um seine Macht, sondern um Taiwans Demokratie, verstärkte sich der Eindruck, es gehe

Lien überhaupt bloß darum, dass er sich nicht das Ende seiner Politikerkarriere eingestehen wollte. (ST, 7.4.04) Selbst KMT-nahe Presseorgane warnten, die Konfrontationspolitik fortzusetzen: Die wiederholten Demonstrationen und Ausschreitungen von KMT-Anhängern beschädigten Taiwans Ansehen in der Welt. (NZZ, 2.4.04)

Die anhaltende Störung der öffentlichen Ordnung in der Hauptstadt löste bei der Regierung die Befürchtung aus, ausländische Investoren könnten Taiwan deswegen fernbleiben. (ST, 9.4.04) Kurzfristige Auswirkungen waren schon Anfang April im Tourismus spürbar: Die Geschäftsführer von mehreren Fünf-Sterne-Herbergen in Taipei beklagten übereinstimmend, dass die Buchungszahlen vor allem bei japanischen Reisenden hinter den Erwartungen zurückblieben. (TT, nach TH, 9.4.04) Kurz darauf gaben zwölf Reiseveranstalter genauere Zahlen bekannt. Demnach sei das Geschäft bei ausländischen Taiwanreisenden um 80% eingebrochen – auf ein Niveau, das es letztes Jahr während der SARS-Epidemie durchzustehen hatte. (TT, nach TH, 13.4.04)

Am 10. April fand dann mit 80.000 Anhängern (laut Polizeischätzung) die vorerst letzte Großdemonstration statt. 4.700 Polizisten sicherten den Präsidentenpalast. (CNAT, nach BBC PF, 10.4.04) Erneut sprachen Lien und Soong und wiederholten ihre Sicht der Dinge. (Wortlaut der Ansprache Lien Chans s. Taipei China Television Company, nach BBC PF, 10.4.04) Lien bezeichnete Präsident Chen erneut als Diktator, ein grotesker Vorwurf angesichts der Tatsache, dass er im Parlament ohne Mehrheit ist. (TT, 11.4.04) Wie zuvor von der Regierung befürchtet, kam es erneut zu Ausschreitungen. Als ein Teil der Demonstranten sich anschickte, die Sicherheitsabspernung am Präsidentenpalast zu stürmen, setzte die Polizei Wasserwerfer ein. Die Auseinandersetzungen zogen sich über 12 Stunden hin. 96 Personen wurden verletzt, darunter 55 Polizisten; 13 Personen wurden festgenommen, sechs davon waren einschlägig vorbestraft. Konfisziert wurden Steine, Gasflaschen, Messer und Flitschen. (CNAT, nach BBC PF, 10.4.04)

Die Mitwirkung von Kriminellen an den Krawallen kommt nicht überraschend, denn derlei geschieht nicht zum ersten Mal. Unterdessen gab die Polizei bekannt, dass die Randalierer, die am 26. März die Räume der Zentralen Wahlkommission stürmten, von zwei jungen Gangstern angeführt wurden. Beide gehören der Nordunion an, einer Bande chinesisch-nationalistischer Jugendlicher, deren Eltern vom Festland stammen. An der Aktion beteiligt waren Parlamentarier der PFP. Hier bestätigt sich erneut, in welchem Maße die KMT und ihre Ableger sich bei Bedarf noch immer auf die alten Mafiastrukturen aus der Ära der Einparteiendiktatur stützen. Einem bei der Polizei eingegangenen Hinweis zufolge stecken hinter den Ausschreitungen vom 10. April, bei denen maskierte Randalierer in vorderster Front standen, Mitglieder einer anderen Mafia-Gruppe. (TT, 14.4.04)

Dass sich die KMT und die PFP mit Massenprotesten ihrer teils gewaltbereiten Anhänger ebenso wenig einen Gefallen tun wie die zwei Parteiführer mit ihrer hartnäckigen Weigerung, ihre Niederlage einzugestehen, bestätigte unterdessen eine repräsentative Meinungsumfrage, die im Anschluss an die letzte Großkundgebung vom 10. April durchgeführt wurde. Demnach fiel die Zustimmungquote für Lien Chan von 40% nach der Wahl auf 28%, die für Soong von 38% auf 27%. Analysten sehen schon die Gefahr, dass Lien bei einer Fortsetzung seines Konfrontationskurses die Aussichten der KMT bei der nächsten Parlamentswahl im Dezember dieses Jahres trübe. Nachdem er mit James Soong die Protestversammlung vom 10. April gleich nach seiner Rede verlassen hatte, büßte Lien zudem bei den eigenen Anhängern an Ansehen ein. (ST, 14.4.04; TT, 16.4.04)

Gelitten hat allerdings auch das Ansehen des Präsidenten. Seine Zustimmungquote unter den Befragten sank von 37% auf 34% – womit er ironischerweise gleichzeitig mit klarem Vorsprung an die Spitze der Beliebtheitskala rückte. Hinter dem Abrutschen seiner Werte stecken offenbar wenig konkrete Vorwürfe. Vielmehr geriet Chen in den Strudel wachsender Politikverdrossenheit, die durch die Krawallaktionen der Wahlverlierer kräftig gefördert wird und die oh-

nehin noch schwache junge taiwanesische Demokratie weiter schädigt. (TT, 16.4.04) -hws-

30 Opposition klagt auf Wahlannullierung – und akzeptiert Neuauszählung

Außer auf der Straße versuchte die Opposition auch im April weiterhin mit juristischen Mitteln, das Wahlergebnis vom 20. März zu kippen. So reichte sie am 5. April beim Obersten Gerichtshof Klage gegen die Zentrale Wahlkommission (ZWK) und die örtlichen Wahlkommissionen ein und verlangte die Annullierung der Wahl sowie die Durchführung von Neuwahlen. Dazu führte sie drei Gründe an:

- Erstens habe die ZWK die Wahl in gesetzwidriger Weise gemeinsam mit dem Referendum durchgeführt, und dieses Referendum habe gegen § 7 des Referendumsgesetzes verstoßen,
- zweitens habe die ZWK gegen das Gebot der Unparteilichkeit verstoßen, als sie darauf verzichtete, nach dem Attentat vom 19. März den Urnengang zu verschieben
- und drittens seien die Wahllokale im Hinblick darauf, dass die Kandidaten gegenüber dem Referendum einen unterschiedlichen Standpunkt hatten falsch arrangiert gewesen.

Mit anderen Worten: von massivem Wahlbetrug, der allein das Ergebnis hätte substanziell verfälschen können, war keine Rede mehr. Was stattdessen an Gründen zusammengeklaut wurde, war von schon peinlicher Dürftigkeit. Das Referendum hätte die Opposition im Vorwege mit guter Erfolgsaussicht durch eine Klage verhindern können; sie hat es aus wahltaktischen Gründen unterlassen; obendrein hat sie sich mit ihrem Boykottaufruf durchgesetzt, sodass die Abstimmung, wenn sie sich denn auf die Wahl auswirkte, dem Kandidaten Chen Shuibian allenfalls Stimmen kostete. Eine Verschiebung des Urnengangs zu fordern, hatte Oppositionskandidat Lien Chan, nach dem Attentat danach befragt, ausdrücklich abgelehnt mit dem Argument, die Wähler würden sich nicht von Gefühlen beeinflussen lassen. (CNAT, nach BBC PF, 5.4.04)

Wie wenig die Opposition ihren eigenen Argumenten traute, zeigte sich drei Tage später, als sie ihren Antrag wieder zurückzog – nur um ihn gleich darauf in leicht abgewandelter Form erneut zu stellen. Die zuständigen Richter werden nämlich nach dem Zufallsprinzip bestimmt, und da ihr die erste Zufallsauswahl als nicht KMT-freundlich genug erschien, versuchte sie es noch ein zweites Mal – sozusagen Roulette mit den höchsten Richtern des Landes. (ST, 9.4.04; TT, 9.4.04) Die Opposition hatte damit zwei Anträge laufen: einen bereits Ende März gestellten auf Annullierung des Wahlergebnisses und Neuauszählung der Stimmen sowie einen auf Annullierung der Wahl und Neuwahl.

Hinsichtlich der Neuauszählung kam es bereits am 12. April zu einer Einigung. Demnach wird die Neuauszählung unter der Aufsicht von mindestens 700 Juristen mit Hilfe von Gerichtsvollziehern und Gerichtsschreibern durchgeführt. Da diese erst auf ihre Aufgabe vorbereitet werden müssen, wird die Zählung nicht vor Mitte Mai beginnen können; später bestimmte das Gericht, dass die Auszählung vor dem 10. Mai zu beginnen habe, sodass das Ergebnis vorliegt, ehe der Präsidenten am 20. Mai seine nächste Amtsperiode antritt. (CNAT, nach BBC PF, 12.4., 21.4.04) Unklar blieb zunächst die Frage der Finanzierung. Hier kam bald ein taiwanstämmiger Unternehmer aus den USA zu Hilfe, der eine Spende von 100 Mio. NT\$ (ca. 3 Mio. Euro) in Aussicht stellte, um die Neuauszählung zu beschleunigen. (CNAT, nach BBC PF, 13.4.04; TT, 17.4.04)

Schon jetzt ist abzusehen, dass das ganze juristische Hickhack samt Neuauszählung wie das Hornberger Schießen enden wird. Weder wird die Neuauszählung am Wahlsieg des Präsidenten etwas ändern, denn bei der ersten Auszählung gab es keine Chancen für irgendwen zu gezielter Manipulation in der erforderlichen Größenordnung, noch wird die Opposition den Obersten Gerichtshof mit ihren teils widersprüchlichen, teils irrelevanten, teils geradezu esoterisch anmutenden Argumenten davon überzeugen können, die ganze Wahl für nichtig zu erklären. Selbst an der Spitze der KMT gibt es Stimmen, die vor falscher Hoffnung warnen, so der Vizevorsitzende

und ehemalige Ministerpräsident Vincent Siew (Xiao Wanchang), der zu gab, dass die Neuauszählung keinen neuen Wahlsieger küren wird. (TT, 8.4.04) -hws-

31 Attentat: erste Untersuchungsergebnisse befriedigen Opposition nicht

Mitte April flog aus den USA der in Taiwan aufgewachsene gerichtsmedizinische Experte Henry Lee ein – mit einem kleinen Stab Assistenten und auf eigene Kosten, wie er betonte –, um bei der Aufklärung des Attentats zu helfen. Er bestätigte, dass es sich bei der Wunde des Präsidenten um eine Streifschusswunde handele und dass es für den Präsidenten nicht möglich gewesen sei, sich diese Wunde selbst zuzufügen. (TT, 10.4.04) Bereits zuvor hatte Lee erklärt, hinter dem Attentat stecke offenbar kein Berufsschütze. Ein solcher hätte mit Tötungsvorsatz auf die Brust oder den Kopf gezielt und eine stärkere Waffe verwendet. Das Untersuchungsteam, das in Tainan den Mordanschlag aufzuklären versuchte, hatte festgestellt, dass es sich bei dem Schießgerät um eine Billigwaffe gehandelt haben musste, die sich jemand in einer Werkstatt zurechtgebastelt hatte. (CNAT, nach BBC PF, 6.4.04) Weitere nennenswerte Untersuchungsergebnisse wurden nicht bekannt und sind möglicherweise trotz aller Anstrengungen auch nicht mehr zu erwarten, nachdem der Schuss selbst in dem allgemeinen Feuerwerksgekrache zunächst unbemerkt geblieben war, die Wagenkolonne des Präsidenten weitergefahren war, der Tatort nicht gesichert worden war, der Schütze auf keinen Film- oder Fotoaufnahmen erschien und eine Reihe von Hinweisen aus der Bevölkerung sich als fruchtlos erwiesen. (CNAT, nach BBC PF, 5., 6., 7.4.04; ST, 7.4.04)

Obwohl die Indizien die Vermutung stützen, dass ein geistig verwirrter Einzeltäter die Schüsse abgab, hielt die Opposition die Vermutung aufrecht, das Attentat könne doch ein abgekartetes Spiel zur Verbesserung von Präsident Chens Wahlchancen gewesen sein. Zur Stützung der These wurden allerlei angeblich ominöse Befunde vorgetragen, beispielsweise dass sich

die Leibwächter nicht sofort vor den Präsidenten gestellt hätten und die Kolonne einfach weitergefahren sei. Gegenüber einem japanischen Fernsehsender wiederholte Lien Chan Mitte April erneut, es „gebe Hinweise“, dass die Schüsse vom 19. März „eine politische Verschwörung“ gewesen seien.

Aus Sicht der Opposition mag es da nur folgerichtig scheinen, eine unabhängige Untersuchungskommission zu verlangen. Darunter stellt sie sich ein Sondergremium vor, dem fünf Parlamentarier, der Präsident des Kontroll Yuan, weitere vier Kontroll Yuanmitglieder und der Generalstaatsanwalt angehören sollen. (CNAT, nach BBC PF, 6.4.04) Die Regierung lehnt jedoch ein solches Gremium als nicht verfassungsgemäß ab: Solche Untersuchungen zu führen, sei alleinige Aufgabe des Justizyuan, und das vorgeschlagene Gremium verstoße gegen das Prinzip der Gewaltenteilung. (CNAT, nach BBC PF, 8.4.04) Im Parlament drang die Opposition mit ihrem Plan nicht durch. Sie kündigte an, deswegen eine Volksabstimmung durchführen zu wollen. (CNAT, nach BBC PF, 9.4.04) -hws-

32 Innenminister, Leiter der Polizeibehörde und Vizeministerpräsident treten zurück

Im April traten gleich mehrere hochrangige Politiker von ihren Ämtern zurück. Den Anfang machten Innenminister Yu Cheng-hsien (Yu Zhengxian) und der Präsident der nationalen Polizeibehörde. Beide übernahmen damit die Verantwortung für die zahlreichen Sicherheits- und Aufklärungsspannen, die zum einen das Attentat auf Präsident Chen und Vizepräsidentin Lü am 19. März erst möglich machten und zum anderen den Attentäter davonkommen ließen ohne eine realistische Chance, das Verbrechen aufzuklären. Als Nachfolger von Yu wurde Su Chia-chuan (Su Jiaquan) bestimmt. Su, 47, ist Magistrat des Kreises Pingtung und hat sich dort mit seiner Amtsführung einen guten Ruf erworben. (CNAT, nach BBC PF, 4.4., 5.4.04; TT, 6.4.04; ST, 7.4.04) Su ernannte gleich nach seinem Amtsantritt den bisherigen Vizegeneraldirek-

tor der Polizeibehörde zu deren neuem Leiter. (CNAT, nach BBC PF, 14.4.04)

Nach dem Außenminister (s. folgende Übersicht) reichte schließlich auch Vizepremier und Chef der Wirtschaftsplanungskommission Lin Hsin-yi (Lin Xinyi) seinen Rücktritt ein. Lin, ein erfolgreicher Unternehmer, gab an, in die Privatwirtschaft zurückkehren zu wollen. Dem Vernehmen nach ist er unzufrieden mit den nur beschränkten wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten, die ihm sein Posten bot. Lin blieb zunächst im Amt; ein Nachfolger wurde bis Ende des Monats noch nicht bestimmt. (CNAT, nach BBC PF, 14.4.04; TT, nach TH, 14.4., 15.4.04)

Die Rücktrittsliste ließe sich noch verlängern, wenn man die Namen derer hinzufügt, die ihr Ausscheiden aus dem Amt bisher nur mündlich angekündigt haben. Zum Hintergrund für die Serie gehört die Tatsache, dass das gesamte Kabinett zum Ende der Amtszeit des Präsidenten ohnehin zurücktreten muss. Beim Innen- und Außenminister sowie beim Polizeipräsidenten gaben allerdings die genannten, individuell verschiedenen Gründe den Ausschlag. -hws-

33 Rücktritt des Außenministers wegen mangelnder Kommunikation mit den USA

Unter den Rücktritten im Monat April ist derjenige des Außenministers Eugene Chien (Jian Youxin) der politisch interessanteste Fall. Er steht im Zusammenhang damit, dass die USA ihre Verärgerung über die Regierung in Taipei deutlicher als je zuvor an die Öffentlichkeit gelangen ließen. Die Sache lief über Yao Chia-wen (Yao Jia-wen), den Präsidenten des Prüfungsyuan. Er hatte mit Therese Shaheen, als Vorsitzende des American Institute in Taiwan (AIT) die inoffizielle Gesandte Washingtons, gesprochen und gab deren Klagen weiter: Stets rufe Taiwan nach US-amerikanischer Hilfe, unterlasse es aber, politische Schritte vorab mit den USA abzuklären. Als Beispiel wurde Chen Shui-bians Plan genannt, Taiwan bis 2008 eine neue Verfassung zu geben. (TT, 8.4.04)

Noch am gleichen Tag, als die Nachrichtenagentur CNA eine Meldung darüber brachte, trat Shaheen von ihrem Posten zurück – die von Yao berichtete Klage über mangelnde Kooperation war Shaheens Abschiedsbotschaft gewesen. Für Taiwan war das ein bitterer Schritt, denn Shaheen hatte sich als starke Befürworterin taiwanischer Interessen erwiesen. Washington war jedoch mit ihrer oft eigenmächtigen, teils auch wenig diplomatischen Amtsführung offenbar nicht zufrieden. Dass sie keinen besseren Informationsfluss zwischen Taipei und Washington bewirkt hatte, mag einer der Gründe gewesen sein, weswegen das US-Außenministerium sie offenbar zum Rücktritt aufgefordert hatte. (TT, 9.4.04)

Shaheens Ausscheiden löste dann das Rücktrittsgesuch von Außenminister Eugene Chien aus. Hinsichtlich Shaheens Rücktritt habe sein Ministerium sich in mancher Hinsicht Pflichtversäumnisse vorzuwerfen. (CNAT, nach BBC PF, 9.4., 10.4.04; TT, 10.4.04) Die Berechtigung von Shaheens Klagen war offenbar kaum zu übersehen.

Chien war seit dem Kabinettsrevirement von Anfang Februar 2002 – also gut zwei Jahre – mit der Pflege der auswärtigen Beziehungen betraut. Unter seiner Ägide verlor Taiwan mit Nauru, Liberia und Dominica drei Verbündete und gewann mit Kiribati nur einen neuen – eine schlechte Bilanz, auch wenn der Außenminister diese Entwicklungen nur wenig beeinflussen kann. Viel schwerer wiegen die Irritationen, die Taiwan in Washington auslöste. Chiens Rücktritt ist in dem Punkt nur konsequent.

Zum Nachfolger wurde Mark Chen (auch: Chen Tan-sun, Pinyin: Chen Tangshan) bestimmt. Chen, 68, hat einen PhD von der amerikanischen Purdue University. Er lebte jahrelang im Exil, nachdem ihn die frühere KMT-Diktatur exiliert hatte – Chen sprach sich schon damals für die Unabhängigkeit Taiwans aus. Von 1993 bis 2000 war Chen Magistrat des südtaiwanischen Kreises Tainan und zog 2002 für die DPP ins Parlament ein. Seine Biografie gibt kaum Aufschluss über Erfahrungen in Außenpolitik und Diplomatie. (CNAT, nach BBC EF, 10.4.04; Kyodo New Service, nach BBC PF, 16.4.04; *Taiwan Yearbook 2003*, S.547) -hws-